

Mehr digitale Partizipation wagen

Positionspapier



D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Über D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unser Ziel ist es, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

Die AG Digitale Demokratie beschäftigt sich mit dem Einfluss der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft und politischen Strukturen. Wir setzen Schwerpunkte auf Desinformation und Plattformen, systemische Fragen sowie Partizipation und entwickeln Leitlinien für eine digitalisierte Demokratie.

D64-Mitglieder bei der Superklausur 2023



Mehr digitale Partizipation wagen

Positionspapier

der

AG Digitale Demokratie

von

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.

Inhalt

1. Darum ist digitale Partizipation wichtig	4
2. Digitale Partizipation muss inklusiv sein	4
3. Digitale Partizipation muss digitalpolitischer Standard werden	5
4. Digitale Partizipation muss in der Fläche verfügbar sein	6

1. Darum ist digitale Partizipation wichtig

Die digitalpolitischen Ziele der Bundesregierung sind ambitioniert: „technologische und digitale Souveränität Deutschlands“, „Plattformökonomie, KI und datengetriebene Innovationen für die neue Arbeitswelt“ und „Smart Cities und smart Regions“ – um nur einige zu nennen. Ähnlich ehrgeizig lesen sich die Digitalstrategien der Länder. Das Thema „Digitale Demokratie“ bleibt jedoch weitgehend unterbelichtet. Begriffe wie „Bürgerbeteiligung“ oder „Partizipation“ kommen in der Digitalstrategie des Bundes nicht vor. Insbesondere fehlen Aussagen dazu, wie die Potentiale der Digitalisierung für die Förderung der politischen Partizipation nutzbar gemacht werden sollen. Damit wird die große Chance vertan, unsere Demokratie durch digitale Partizipation zu stärken. Im Gegenteil: die „partizipative Spaltung“ droht sich durch die Digitalisierung noch zu vertiefen.

Deshalb müssen wir die digitale Partizipation insbesondere dort fördern, wo sie die Bürger:innen erreicht. Besondere Schwerpunkte sollte die Förderung der Partizipation der Kommunen sowie die vielfältige Aktivierung passiver Gruppen sein. Ziel muss es sein, vor allem denen neue, erweiterte Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu eröffnen, die ihre Interessen und Bedürfnisse bisher nicht in den politischen Prozess einbringen konnten.

D64 fordert daher: Digitale Partizipation ausbauen unter der konkreten Zielsetzung, die Beteiligungslücke in Deutschland zu verringern.

2. Digitale Partizipation muss inklusiv sein

Politische Partizipation, also die Beteiligung der Bürger:innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, ist das Kernstück einer funktionierenden Demokratie. Neben traditionellen Formen der Beteiligung wie Wahlen und Parteimitgliedschaften haben das Internet und die digitalen Medien Teile des Beteiligungsrepertoires digitalisiert und neue digitale Möglichkeiten der Partizipation hervorgebracht, wie beispielsweise Online-Petitionen und Social Media-gestützter Aktivismus. Allerdings verschaffen sich bisher vor allem privilegierte Bürger:innen über diese digitalgestützten Kanäle politisches Gehör, während Menschen mit geringerem sozioökonomischen Status, niedriger formaler Bildung, Migrationshintergrund oder anderen Diversitätsmerkmalen sich signifikant seltener politisch engagieren. Diese wachsende Partizipationslücke ist ein fundamentales Problem für die Demokratie, da gerade die weniger Privilegierten, deren Belange in politischen Entscheidungsprozessen besondere Aufmerksamkeit benötigen, benachteiligt und unterrepräsentiert sind.

Die Digitalisierung hat bisher eher zu einer Verstärkung als zu einer Verringerung dieser politischen Ungleichheit beigetragen. Während Bürger:innen das gleiche Recht haben, sich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen, ist der Grundsatz der politischen Gleichheit in Gefahr, wenn in der Praxis die Möglichkeit der Beteiligung durch Faktoren eingeschränkt wird, die sich der Kontrolle des Einzelnen entziehen, wie z.B. der fehlende Zugang zu den notwendigen Ressourcen. Eine demokratisch gestaltete Digitalisierung muss demnach sicherstellen, dass die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung die gleichen Zugangschancen erhalten, und niedrigschwellige und inklusive digitale Angebote fördern, um diese Spaltung zu verringern. Nur so kann eine demokratische Gesellschaft auch in der digitalen Welt funktionieren.

D64 fordert daher: Digitale Partizipation muss inklusiv sein.

- *Digitale Partizipation muss allen offen stehen, insbesondere den Gruppen, die sich traditionell aufgrund von sozioökonomischen und soziodemografischen Hindernissen wie Alter, Einkommen, formaler Bildung oder Migrationshintergrund von Beteiligungsformaten fernhalten. Alle Gruppen müssen gezielt und aufsuchend über vielfältige Kanäle – analog wie digital – angesprochen werden. Im Fokus sollten die relevanten Kommunikationswege der Zielgruppe stehen.*
- *Die digitale Teilhabe dieser Gruppen ist gezielt zu fördern. Dies umfasst sowohl die technische Ausstattung und Zugänge (zum Internet und zu Beteiligungsplattformen), als auch weitergehende notwendige Ressourcen. Digitale Kompetenzen müssen in der Schule sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung zielgruppengerecht vermittelt werden.*
- *Angebote zur digitalen Partizipation wie im Rahmen von Bürger:innenbeteiligungsverfahren oder in Kommunikationskanälen mit Wahlkreisabgeordneten müssen zielgruppenspezifisch und inklusiv ausgestaltet werden unter Verwendung einfacher Sprache, adaptiven Benutzer:innenschnittstellen, Sicherung von Barrierefreiheit und Möglichkeiten zur analogen Ansprache auch bei digitalen Verfahren und Angeboten. Einfache Fragestellungen bieten häufig eine Möglichkeit des Einstiegs, Fragenkataloge zu grundsätzlichen Themen könnten zudem an bestehende Dienstleistungen wie (digitale) Behördengänge nachgelagert werden.*

3. Digitale Partizipation muss digitalpolitischer Standard werden

Die Digitalisierung bietet neue und erweiterte Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung: Durch digitale Plattformen und Anwendungen können Bürger:innen jederzeit und von überall aus ihre Meinung äußern, Ideen einbringen und sich an politischen Entscheidungen beteiligen. Auf diese Weise können Personen, die aus Zeitmangel oder Mobilitätsproblemen nicht an lokalen Versammlungen teilnehmen können oder die aus anderen strukturellen Gründen bisher passiv geblieben sind, aktiv zur Teilnahme am politischen Geschehen angesprochen werden. Dabei sollten lautstarke Einzelstimmen nicht als Vorwand genommen werden, digitale Partizipation zu diskreditieren. Digitale Medien ermöglichen es, eine breite Öffentlichkeit für partizipative Themen herzustellen. Diese Vorteile müssen für alle, überall und jederzeit verfügbar sein, ohne auf bestehende Formate zu verzichten. Vielmehr bedarf es einer Verflechtung von digitalen und analogen Formaten, um ein realistisches Abbild von gesellschaftlichen Wünschen und Forderungen zu erhalten.

D64 fordert daher: Digitale Partizipation muss digitalpolitischer Standard werden.

- *Digitalpolitische Konzepte wie z.B. Verwaltungsdigitalisierung und Smart City-Konzepte müssen partizipativ angelegt sein. Bürgerbeteiligung – digital und analog – muss als unverzichtbare Zieldimension von Digitalisierung verstanden werden.*
- *Standardangebote statt Projekte: Es gibt viele gute Projekte wie z.B. Bürgerhaushalt und Stadtteilbudgets, aber das reicht nicht: Digitale Partizipation als Element der Bürgerbeteiligung muss politischer Alltag werden.*
- *Insbesondere auf kommunaler Ebene muss Digitalisierung die Teilhabe und Teilnahme der Bürger:innen an politischen Entscheidungen unterstützen. Eine digitale Verwaltung muss*

auch eine offene, dialogorientierte und partizipative Verwaltung sein. Das bedeutet, dass sich die Verwaltungskultur im Sinne von interactive bzw. open government der digitalen Partizipation öffnet und das Bürgerengagement aktiv unterstützt. Bei dieser Aufgabe benötigt die Verwaltung Unterstützung. Dabei geht es um die Qualifikation der Mitarbeiter:innen, die Entwicklung geeigneter Verfahren und Angebote, die Bereitstellung von personellen Ressourcen, die Sicherstellung der benötigten technischen Grundlagen, den Transfer von „good-practice“-Lösungen zwischen Kommunen und die Entwicklung einer offenen, partizipativen Verwaltungskultur.

- Idealerweise sollte es bei Partizipationsverfahren auch eine Rückmeldung geben, die aufzeigt, wie Ideen, Vorschläge oder Hinweise aufgegriffen wurden oder wieso diese keine Berücksichtigung fanden. Diese könnte auch transparent in einem digital zugänglichen FAQ aufgeschlüsselt werden, sofern Partizipationsteilnehmende vorab auf diese Art der Veröffentlichung hingewiesen werden.

4. Digitale Partizipation muss in der Fläche verfügbar sein

Die Integration digitaler Netzwerke, Plattformen und Technologien in partizipative Prozesse, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Oft kommt sie über den Projektstatus nicht hinaus. Die Gründe sind vielfältig: Aufwand, Ressourcen, technische Probleme, höhere Kosten und zuweilen auch fehlendes Know-How verhindern eine stärkere Nutzung. Die Abstimmung und Koordination mit externen Projektpartnern sind nicht immer einfach. Eine weitere Herausforderung stellt die Integration digitaler Partizipationsverfahren in Verwaltungsprozesse dar.

Da viele Kommunen weder die Kapazitäten noch die Ressourcen haben, um digitale Partizipation eigenständig zu verwirklichen, könnten auf Länderebene oder länderübergreifend kommunale Serviceagenturen diese Arbeit unterstützen und organisieren. Diese Serviceagenturen könnten als externe Dienstleister Plattformen und Technologien entwickeln und den Kommunen bei der Realisierung von hybriden Beteiligungsformaten unter die Arme greifen.

D64 fordert daher: Digitale Partizipation muss in der Fläche verfügbar sein.

- *Partizipative Verfahren müssen technisch angemessen unterstützt werden, unter anderem durch einheitliche technische Plattformen auf Basis offener Standards, Anbindung an Verwaltungsverfahren, sichere Authentifizierung, Barrierefreiheit sowie einfache Benutzungsschnittstellen. Dazu gehören auch der technische Support und die Weiterentwicklung der eingesetzten Lösungen. Datenschutz und Datensicherheit müssen durchgängig gewährleistet sein.*
- *Digitale und analoge Partizipationsverfahren sollten miteinander verbunden werden, beispielsweise im Bereich der Stadtentwicklung durch Kombination von – analogen – Begehungen, Versammlungen und Workshops mit – digitalen – Modellen, Informationsangeboten und Kommunikationsmöglichkeiten.*
- *Partizipationsmöglichkeiten müssen in analogen und digitalen Öffentlichkeiten sichtbar gemacht werden, insbesondere, um bestimmte Zielgruppen wie Jugendliche zu erreichen.*

Impressum

Mitarbeit

Dieses Positionspapier ist in einem internen Arbeitsprozess bei D64 unter der Mitwirkung von **Philipp C. Otte** (Co-Koordinator der AG Digitale Demokratie), **Judith Klose** (Co-Koordinatorin der AG Digitale Deokratie), **Philipp Marten** (Vorstandsmitglied von D64) und **Jochen Hettinger** entstanden.

Gestaltung: D64 / **Johann Lensing**

Wir bedanken uns bei allen, die uns mit ihren Hinweisen und Kommentaren bei der Erstellung des Papiers weitergeholfen haben.

Adresse

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.

Co-Vorsitzender: Erik Tuchtfeld

Co-Vorsitzende: Svea Windwehr

Gipsstraße 3

10119 Berlin

Kontakt

Judith Klose (Co-Koordinatorin der AG Digitale Demokratie)

Philipp C. Otte (Co-Koordinator der AG Digitale Demokratie)

info@d-64.org

Januar 2024

d-64.org

Jetzt D64-Mitglied werden!

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unsere Ziele

Wir setzen uns dafür ein, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

Umfassendes Netzwerk durch starke Mitgliederbasis

Mit 800 Personen der mitgliederstärkste Verein für Digitalpolitik in Deutschland. Berufliche Expertise aus unterschiedlichen Bereichen: Politik, NGOs, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Der Verein ist mitgliedergetrieben und bietet Raum für Initiativen und Bündnisse mit anderen digitalpolitischen Organisationen in Deutschland und Europa.

Unser Angebot

Durch unseren Ticker liefern wir täglich einen Überblick zu aktuellen digitalpolitischen Themen. Fragen zu digitalpolitischen Themen oder Wunsch nach Einordnung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive? Wir stehen mit unseren Expert:innen für Hintergrundgespräche zur Verfügung.

Jetzt Mitglied werden:

Auf d-64.org/mitglied-werden

